

Generalstab, zunächst denn auch keine Gewinne aus der Abrüstung ziehen können. Ganz schnell sollten sich daher Wissenschaftler aus Ost und West zusammensetzen, um zu erforschen, wie wenigstens die gewaltigen Waffenberge ökonomisch und ökologisch sinnvoll „in die Zivilwirtschaft eingebracht werden können“.

Etwa die Hälfte der 10 000 bis Ende nächsten Jahres ausgemusterten Panzer will die Regierung zu Schleppern, Planierpausen und Schwertransportern umbauen lassen. Doch schon jetzt sind dafür geeignete Werke hoffnungslos überlastet.

Im ganzen Militärbezirk Moskau gibt es nicht eine Fabrik, die Kampfpanzer in Serie umrüsten kann. Den Umbau seiner Schrottpanzer, die nun in Depots am Ural weiterrosten, hält Stabschef Kusnezow allerdings sowieso für ökonomisch unsinnig.

Der unmäßige Spritdurst dieser PS-starken Fahrzeuge sei aus dem Budget etwa einer Kolchosa gar nicht zu stillen. Zudem fehle den Monstern die in der Zivilwirtschaft unverzichtbare Ausdauer: Zwei, allenfalls drei Gefechte muß ein Kampfpanzer nach den Berechnungen der Strategen durchhalten, dann ist er hin – für jeden Zivilbetrieb eine Horrorvision.

Persönlich viel stärker betroffen sind die Militärs von dem rapiden Verfall ihres Ansehens. Vollweise Kusnezow, dem das Militär die Familie ersetzte, leidet darunter, daß Zeitungen einige menschenunwürdige Zustände in den Streitkräften immer offener kritisieren – und hält diese Kritik für überzogen, wenn er auch Schindereien etwa an Wehrpflichtigen nicht rundheraus leugnen mag.

Schikanen seien in Wahrheit etwas anderes: „Was die Amerikaner mit ihren Leuten in Vietnam und wir mit unseren in Afghanistan gemacht haben“, das präge den einzelnen seelisch viel stärker. Aber „diese Kriege haben doch Politiker angezettelt, nicht Militärs“.

Auch Akademie-Kommandeur Kontschiz will von Invasionen in fremden Ländern nichts mehr wissen, in der Sowjetarmee werde Verteidigung nun ganz groß geschrieben. Die Ausbildung sei bereits weitgehend umgestellt.

Im Artillerielehrsaal, einige Stockwerke höher, planen derweil 20 angehende Regimentskommandeure den Einsatz der Divisionsartillerie. „Früher war unser Übungsgelände immer Deutschland“, erzählt Oberst Malin am Sandkasten, in dem eine Gegend am Rande Moskaus nachgestellt ist.

Ob denn die Karte, auf der er gerade Sperrfeuer und Stellungen markiert, gleichfalls sowjetisches Heimatterritorium abbilde, wird ein Major gefragt.

Seine Antwort: „Nein, das ist Polen.“

Brasilien

# Land von Depressiven

Elend, Verbrechen und über 1000 Prozent Inflation – Brasilien lebt am Rande des Chaos. Die Wahlen werden kaum einen Ausweg zeigen.

**D**er Kaiser trug sein Admiralsblau, die Kaiserin schwarze Spitze. Wer in Rio de Janeiro auf sich hielt, drängte zur Gala auf die Zollinsel in der Bucht von Guanabara. Tausende venezianische Laternen beleuchteten den bizarren neugotischen Palast.

Der Gastgeber, der Vicomte von Ouro Preto, wollte zeigen, wie fest das Reich dastand. Doch nur Tage später schlugen Putschisten zu – am 15. November 1889 wurde Brasilien Republik, Kaiser Dom Pedro II. wanderte mit seinem Hofstab widerspruchslos nach Portugal aus. Das Militär aber blieb bis heute fester Bestandteil der brasilianischen Politik – auch wenn mal Demokraten regieren, wie in nur einem Drittel der vergangenen 60 Jahre.

Kommenden Mittwoch, genau 100 Jahre nach der Entmachtung des Kaisers, wählt Brasilien einen neuen Präsidenten. Erstmals seit 29 Jahren dürfen 82 Millionen Bürger einen Staatschef bestellen – fast drei Viertel von ihnen zum erstenmal in ihrem Leben.

Bewußt oder nicht werden sie über weit Wichtigeres entscheiden als bloß über eine Regierung für fünf Jahre: Brasilien, dem größten Land Südamerikas

und fünfgrößten Flächenstaat der Erde, droht der Absturz ins Chaos.

Ex-Finanzminister Luiz Carlos Bresser Pereira sagt: „Wir stecken in der schwersten Krise der Geschichte Brasiliens“, und der Politologe Hélio Jaguaribe behauptet gar: „Dieses Land kann keine zwei Jahre mehr überleben, wenn es weitermacht wie bisher.“

Dabei hat Brasilien alles, was eine mächtige Nation ausmacht. Mit 145 Millionen Einwohnern ist das Land nach Indien und den USA der Erde drittgrößte Demokratie. Erdöl vor der Küste und unter dem Urwaldboden, die reichsten Erzlager der Welt sowie Bauxit für 200 Jahre bieten unerschöpflichen Reichtum. Als eine der stärkeren Wirtschaftsmächte der westlichen Welt müßte Brasilien längst in den Klub der großen Industrienationen aufgenommen sein.

Statt dessen hat es bei den reichen Staaten 120 Milliarden Dollar Schulden. Weltweit scheint das Urteil des einstigen französischen Staatschefs Charles de Gaulle zu gelten: „Das ist kein ernst zu nehmendes Land.“

Auch seit dem Ende der Militärdiktatur 1985 hat Brasilien einen Platz im Jahrbuch von Amnesty International behalten – wegen Folter an Gefangenen, Mordes an Landarbeitern und der Ausrottung von Indianern.

Unübersehbar sind die Krisensymptome einer kranken Gesellschaft und eines ohnmächtigen Staates. Eine Inflation von über 1000 Prozent verheert das Land. Die Kriminalität, weltbekannt wie der Karneval oder der Strand von Copacabana, erreicht immer neue Rekorde – 1988 wurden allein in São Paulo fast 4500 Menschen umgebracht. Die Mehrheit aller jungen Brasilianer möchte das einstige Einwandererland verlassen.

Vergebens war die Warnung von Rui Barbosa, dem ersten Finanzminister der Republik: „Der monarchische Nepotismus darf nicht durch eine unmoralische republikanische Vetternwirtschaft ersetzt werden.“ Klüngel und Korruption wurden das Schmieröl der Nation. „Beamte zeigen dem Bürger Tag für Tag, wie man als Parasit leben kann“, sagt der Psychoanalytiker Jurandir Freire Costa, „das schafft ein Gefühl von Ungerechtigkeit.“

Im Alltag ist nahezu jede Solidarität geschwunden. Eine Frau wurde in der Avenida



Kandidat Collor de Mello: Jugend und Charisma

Paulista angefahren, der Nobelallee von São Paulo, stundenlang lag sie schwer verletzt auf der Straße, ohne daß ihr jemand geholfen hätte.

Die wichtigste Ursache für den trostlosen Zustand sehen Wissenschaftler in einer tiefen Spaltung der Gesellschaft: „Brasilien mag als Staat, Nation und Kultur eine Einheit bilden, doch es enthält zwei Gesellschaften. Nur 40 Prozent der Einwohner haben teil am Fortschritt“, analysiert Politologe Jaguaribe. Dabei hat sich der einst schwerfällige Agrarstaat längst in eine moderne Industrienation gewandelt.

„Modernisierung“ nannten die Generale das Zwangsregime, das sie 1964 unter der Devise „Brasil Potência“ – Weltmacht Brasilien – einführten. Und die Militärs können beeindruckende Zahlen vorweisen: 1964 stand Brasiliens Brutto-sozialprodukt auf dem 50. Platz der Weltrangliste, heute hat es den 8. erreicht. Zum Export von Kaffee, Zucker und Obst kamen Autos, Flugzeuge und Bohrtürme. Fast lückenlos verbindet ein Telefonnetz alle Teile des Riesenlandes, sogar aus Urwalddörfern sind São Paulo, New York oder Berlin direkt anzuwählen.

Auch in der Landwirtschaft kam Brasilien voran: 1980 ernteten die Sojabauern 50mal mehr als im Putschjahr. Heute ist Brasilien zweitgrößter Produzent von Orangensaft und Hühnerfleisch.

Aber: 28 Millionen Menschen wanderten seit 1960 vom Lande ab, um den Arbeitskräftebedarf der schnell wachsenden Industrie zu stillen – oder in den Slums der Städte zu vegetieren.

Zwei Drittel aller Brasilianer sind heute unterernährt, 50 von 1000 Säuglingen sterben vor ihrem ersten Geburtstag, sechsmal soviel wie in der Bundesrepublik. 7 Millionen Kinder leben auf den Straßen der Städte und kämpfen dort ums Überleben. Nur 2 von 10 Brasilianern haben einen Grundschulabschluß.

Aussicht auf Besserung besteht kaum, jedenfalls nicht von Seiten des Staates. „Der brasilianische Staat hat nie der Allgemeinheit gedient“, urteilt der Volkswirt César Maia, „immer wurde er von privaten Machtblöcken mißbraucht.“

Dieses Grundübel verschlimmerten die Militärs noch, als sie sich in den Etagen des Staatsapparats einnisteten. 14 000 Offiziere besetzten die einträglichsten Posten. 25 Staatsbetriebe gab es zu Beginn ihrer Herrschaft, 485 am Ende.

1985 zerfiel das Militärregime. Gemeinsam mit der zivilen Elite setzten die Generale eine langsame Demokratisierung in Gang. Doch sie blieben präsent, in den Staatsbetrieben wie in den von der Zivilgewalt unangetasteten Geheimdiensten.

Nach Belieben fast schicken sie ihre Panzer gegen streikende Arbeiter, wenn

sie „die Interessen der Nation“ in Gefahr wähen. Von der Öffentlichkeit unbehelligt, bauen sie weiter an ihrer Atombombe und der dazugehörigen Trägerrakete.

So hatte wirkliche Demokratie wenig Chancen; auch die Mentalität der Brasilianer scheint nicht danach zu sein. „Ein Land von Manisch-Depressiven“ ist Brasilien für den Professor für Volkswirtschaft an der Universität von Campinas, João Manuel Cardoso de Mello. 1984 demonstrierten Millionen für eine klare Demokratisierung – doch als die Politiker mit den Militärs paktierten und Tancredo Neves zum Präsidenten erhoben, nahm dasselbe Volk dies hin.

Neves starb an einer Krankenhausinfektion, Präsident wurde ein Mann der Diktatur, José Sarney, und der setzte die

der sich als Gouverneur seines Heimatstaates Alagoas einen Ruf als Bekämpfer der Korruption machte. Daran war wenig wahr, doch seine Jugend und sein Charisma, vor allem aber die Schimpftiraden gegen den Präsidenten Sarney, machten ihn monatelang zum Favoriten.

Dann kam ein neuer Kandidat nach vorn: Silvio Santos, ein millionenschwerer Fernsehstar, der jeden Sonntag mit einem zehnstündigen Primitiv-Spektakel die Ärmsten des Landes fesselt.

Gegen den wortreichen, von Ideen unbelasteten Santos sucht der linke Populist Leonel Brizola die Stimmen der Armen zu gewinnen, indem er Reformen verspricht. Noch weiter links steht der ehemalige Gewerkschafter Luis Inácio da Silva, genannt „Lula“, Chef der einzi-



Präsidentensanwärter Santos: Primitiv-Spektakel für die Armen

Vetternwirtschaft des alten Regimes ungehemmt fort. „Der Staat wurde nun vollends geplündert“, urteilt Bresser Pereira, einer der vier Finanzminister, die unter Sarney vergebens versuchten, die schlimmsten Auswüchse der Korruption zu beseitigen.

Da der Staat viele seiner Aufgaben nicht mehr wahrnahm, spezialisierten sich die Bürger auf Selbsthilfe und Auswege. Die Einkommensteuer etwa ist für Kleinunternehmer so kompliziert zu berechnen, daß sie lieber die Mahnung vom Amt abwarten und sogar die Buße in Kauf nehmen. Ohnehin sind nur neun Millionen Bürger vom Finanzamt erfaßt.

In dem von Vetternwirtschaft zersetzten System konnten sich nur schwache Parteien entwickeln. Ihre Kandidaten für die Präsidentschaft haben wenig zu bieten. Etwa Fernando Collor de Mello,

gen Volkspartei des Landes. Zwei Kandidaten auch im politischen Zentrum: Mário Covas, einst Bürgermeister von São Paulo, und der Liberale Afif Domingos.

Erreicht keiner der Bewerber am 15. November die absolute Mehrheit, kommt es im Dezember zur Stichwahl zwischen den beiden Bestplatzierten. Wer auch immer gewinnt, er wird an Brasiliens Grundübeln wenig ändern können: Die während der Übergangsjahre erarbeitete neue Verfassung überläßt der Zentralregierung nur noch halb soviel Geld wie zuvor, der Rest geht an die Bundesstaaten und Gemeinden.

„Das Parlament wird zu schwach sein, um eine neue Politik zu weisen“, sagt ein verbitterter Politiker in São Paulo voraus, „aber es wird gerade stark genug sein, um den neuen Präsidenten an einer neuen Politik zu hindern.“